

INNERES

Mit Sicherheit weniger Risiko

Führungskräfte aus dem Innenressort referierten bei einer Tagung im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Sicherheitsakademie am 12. April 2000 in Wien über das Thema "Sicherheit und Risiko".

Riskieren heißt, eine Entscheidung treffen, deren Ausgang in der Regel ungewiss ist", sagte Salzburgs Polizeidirektor Dr. Karl Schweiger. Die Exekutive gehe täglich Risiko ein. Die Beamten würden die Menschen meist nicht kennen, mit denen sie zu tun hätten. "Indem wir die Bewohner fragen, können wir unser Risiko reduzieren", betonte Schweiger. Beamte, die Defizite in ihrer Persönlichkeit hätten, seien auch ein Risiko; sie fühlten sich bei Amtshandlungen zu-nächst überlegen, indem sie auf die staatliche Autorität hinwiesen, seien aber überfordert, weil schlecht ausgebildet und zu wenig geschult. Dadurch werde "Handeln zum Risiko und Risiko zu Unsicherheit", sagte Schweiger.

Wenn Bewerber für den Exekutivdienst die Kriterien Aufnahmetest, Körpergröße, Sehschärfe und intaktes Vorleben erfüllten, heiße das nicht, dass sie auch für den Job geeignet seien. Die Aufnahme in die Exekutive dürfe nicht "von Zehntelprozentpunkten abhängen", mit Bewerbern solle auch ein Aufnahmegespräch geführt werden, um eventuelle Schwachstellen in der Persönlichkeit des Betreffenden feststellen zu können.

Die Beamten der Sicherheitsexekutive sollten nicht nur "Mut zum Risiko" haben, wie es der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Dr. Erik Buxbaum, in der Auftaktveranstaltung zur Reihe der Sicherheitsakademie am 13. März ausdrückte. Man müsse auch den "Mut haben, Risiko auszuschalten", denn "Sicherheit soll nicht zum Risiko werden", betonte Polizeidirektor Schweiger.

"Die Europäische Union ist ein Markt für organisiertes Verbrechen geworden, besonders für Wirtschafts-, Finanz- und Internetkriminalität. Es ist bereits eine Minute vor zwölf, was die Gefahr durch organisiertes Verbrechen anbelangt", sagte Dr. Johann Haller von der Abteilung des Innenministeriums zur Bekämpfung der organisierten und der Suchtgift-Kriminalität. Haller ist Mitglied der EU-Ratsgruppe gegen organisierte Kriminalität.

Der Wegfall der Binnengrenzen bedeute ein erhöhtes Sicherheitsrisiko, organisiertes Verbrechen sei dadurch leichter geworden, sagte Haller. Es gelte daher, Risiko für die Bürger auszuschalten, Opfer eines Verbrechens zu werden – durch Prävention, Aufklärung und Information. Die EU sei bestrebt, den Wiener Aktionplan 1998 umzusetzen: Europa zu einer Zone der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts zu gestalten. Die Sicherheit der EU-Bürger solle garantiert werden durch Zeugenschutz, Opferschutz, nationale Präventionsprogramme, Aufklärungskampagnen. Die Exekutivbeamten sollten besonders geschult werden. Gefahren sollten schon im Vorfeld einer kriminellen Handlung erkannt werden, durch Sammeln und Analysieren von Daten, die Aufschluss über die Arbeitsweise der Täter geben. Die Prävention müsse gestärkt werden. Im Vorfeld von Finanz- und Wirtschaftskriminalität zum Beispiel durch Aufhebung des Bankgeheimnisses, Harmonisierung von Rechtsvorschriften und verstärkte länderübergreifende polizeiliche Zusammenarbeit. Geldwäsche über Steueroasen (Offshore-Zentren) müsste eingedämmt werden. Die Geldwäsche-Richtlinie sollte ausgedehnt und Rechtsanwälte und Notare in die

Arbeit miteinbezogen werden. Die Sicherheitsbehörden müssten enger mit der Wirtschaft im Vorfeld zusammenarbeiten – zum Beispiel bei Telekomeinrichtungen, damit etwa Delikte im Internet wirksamer bekämpft werden könnten.

"Mit Sicherheit gibt es keine absolute Sicherheit, denn Sicherheit beinhaltet stets Risiko. Die Exekutive lebt im weitesten Sinne vom menschlichen Bedürfnis nach Sicherheit. Wir leben aber auch vom Risiko, denn ohne Risiko hätte Sicherheit weder Bedeutung noch Gewicht", sagte Dr. Michael Lepuschitz, Präsident der Vereinigung der Juristen der österreichischen Sicherheitsbehörden. Sehe man Sicherheit und Risiko als Gegensätze an, dann sei es Aufgabe der Exekutive, möglichst viel Sicherheit zu gewährleisten und Risiko zu reduzieren, betonte Lepuschitz. Mut zum Risiko würde in dieser Hinsicht einen riskanten Weg bedeuten. Es läge vielleicht sogar ein Widerspruch vor zwischen der gesetzlichen Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit und dem Appell zu mehr Risiko.

Sicherheit und Risiko als Mittel anzusehen, bedeute, "dass wir uns einmal des einen, einmal des anderen bedienen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen", etwa Gewaltlosigkeit und Frieden. In diesem Fall wäre der Appell des Generaldirektors Buxbaum ("Mut zum Risiko") eine Frage der technischen Ressourcennutzung: Die Beamten sollen entweder mehr Fußstreifendienst versehen oder häufiger auf Streife fahren, oder mehr Personal oder Tretgitter einsetzen bei kritischen Fällen, sagte Lepuschitz.

"Im ersten Fall könnte uns der Vorwurf gemacht werden, ein Ziel zu verfolgen, das wir niemals erreichen können. Denn absolute Sicherheit gibt es nicht. Im zweiten Fall, dass wir uns eines Mittels bedienen, zu welchem wir nicht befugt sind, nämlich des Risikos", gab Lepuschitz zu bedenken. Das Management des Innenministeriums sei daher gefordert, den verantwortlichen Beamten klare Antworten zu geben, denn "durch Rechtsunsicherheit kämen wir in eine Krise." Lepuschitz hält es für sinnvoll, in jeder Sicherheitsbehörde einen Polizeijuristen als Krisenmanager auszubilden und einzusetzen, um Krisen rechtzeitig zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.

S.L.